

Stellungnahme zum Diskussionspapier für ein Demokratiefördergesetz des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

1. Junge Kinder als Zielgruppe von Demokratieförderung mitdenken

Als im Dezember 2020 der Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus vorgelegt wurde, enthielt er keine einzige Maßnahme, die sich an die Zielgruppe der jungen Kinder richtete.¹ Und dies, obwohl die vier zugrundeliegenden Ziele natürlich auch junge Kinder und die Einrichtungen der frühen Bildung einschließen müssen: Seien es die Schaffung eines stärkeren Bewusstseins für Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen (Ziel 1), die Vorbeugung gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Regelstrukturen und die Weiterentwicklung der Demokratiearbeit (Ziel 2), die Unterstützung von Betroffenen von rassistischer Diskriminierung (Ziel 3), die Stärkung gleicher Teilhabechancen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte (Ziel 4). In Kitas, der Kindertagespflege, in Familienzentren braucht es Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch. Diese müssen die Spezifik der Zielgruppe wie auch der Institutionen berücksichtigen.

2. Demokratiedefizite durch frühe Diskriminierungserfahrungen einbeziehen

Antidemokratische Entwicklungen oder Demokratiedefizite erfahren Kinder über diskriminierende Ausgrenzung. Diese beginnt früh im Leben von Kindern: Kinder nehmen sie wahr und konstruieren auch daraus ihre Bilder von anderen Menschen und von sich selbst. Kinder sind betroffen von Adultismus und als Mitglieder von marginalisierten Gruppen auch von weiteren Diskriminierungsmustern, häufig in intersektionaler Verschränkung. Diskriminierungserfahrungen wirken als psychische Gewalt und behindern Bildungsprozesse. Häufig wird angenommen, Kinder bringen Vorurteile aus ihren Familien mit in die Kita. Doch es sind vielfältige Quellen in ihrer Umgebung, denen sie diskriminierende Botschaften entnehmen. Auch die Ausstattung, Kommunikation, Personalbesetzung usw. in den Kitas selbst enthalten normierende Bewertungen über Menschen. Aus diesem Grund sind Einrichtungen der frühen Bildung nicht per se gut für alle Kinder. Um sie als demokratische Lernorte für alle Kinder zu profilieren, braucht es pädagogische Konzepte, didaktische Materialien, qualifiziertes Personal, diversitätsorientierte und diskriminierungskritische Organisationsentwicklung.

3. Spezifische Konzepte für frühe Demokratiebildung weiterentwickeln

Der Dreiklang Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention aus dem Bundesprogramm *Demokratie leben!* macht für die Zielgruppe der jungen Kinder wenig Sinn:

Extremismusprävention: Das DJI grenzt Extremismusprävention ab von Demokratieförderung². Während Extremismusprävention auf die Verhinderung von unerwünschten Radikalisierungen zielt, sei Demokratieförderung laut DJI darauf gerichtet, „am Erreichen eines gesellschaftlich gewünschten Zustands von Demokratie und der Mündigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger mitzuwirken.“ In diesem

¹ Gemeint sind damit Kinder von Geburt bis 10 Jahre, insbesondere Kinder von 0 bis 6 Jahren in Einrichtungen der Frühen Bildung.

² Vgl. <https://www.dji.de/themen/jugend/extremismuspraevention.html>

Sinne liegt der Fokus Früher Bildung nicht auf Verhinderung, sondern auf Ermöglicungen, auf Entfaltung von Lern- und Entwicklungspotentialen. Ob und inwiefern Maßnahmen der Frühen Bildung Radikalisierungen in späteren Lebensjahren verhindern können, ist zudem offen. Die Förderung demokratischer Prozesse im Kindesalter sind mit Demokratiebildung umschrieben.

Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung hat mit dem 16. Kinder- und Jugendbericht³ eine konzeptionelle Schärfung erfahren, an der angeknüpft werden sollte. Der Fokus liegt darauf, dass junge Kinder nicht ÜBER Demokratie lernen, sondern Demokratie unmittelbar erfahren, in ihrer substanzialen Dimension (Verbindlichkeit fundamentaler Prinzipien, Werte, Rechte) und in ihrer formalen Dimension (partizipative Herstellung verbindlicher Regeln). Zur substanzialen Dimension gehört das Erleben gleicher Rechte, hier haben die UN-Kinderrechte eine herausgehobene Bedeutung. Kindertagesbetreuung als exemplarischer Raum für Demokratieerfahrungen in diesem Sinne sichert die Auseinandersetzung mit der Vielfältigkeit von Menschen und ihren Lebensverhältnissen, wie auch den verlässlichen Schutz vor Diskriminierung (ebd. S 165).

Vielfaltgestaltung: Demokratieförderung im Bereich der Frühen Bildung lässt sich daher von Vielfaltgestaltung nicht trennen und bedarf zusätzlich einer klaren Orientierung auf Nicht-Diskriminierung. Entsprechende Konzepte sind weiterzuentwickeln und zu implementieren. (ebd. S 176)

4. Zivilgesellschaftliche Organisationen stabilisieren, die das Regelsystem der Frühen Bildung unterstützen

Kindertageseinrichtungen sind über die Subsidiarität sehr stark im zivilgesellschaftlichen Bereich verankert, insofern die meisten Einrichtungen in freier Trägerschaft – vor allem der Wohlfahrtsverbände - liegen. Sie werden flankiert von weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen, die das Regelsystem unterstützen, indem sie gesellschaftliche Veränderungen in ihren Auswirkungen auf das Leben junger Kinder in Deutschland erfassen und adäquate pädagogische Konzepte und dazu passende Professionalisierungsstrategien entwickeln. Krisenhafte Ereignisse wie die Corona-Pandemie und gegenwärtig der Ukraine-Krieg zeigen, dass die Regeleinrichtungen selbst hierzu kaum in der Lage sind.

Für **Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen mit der Berücksichtigung von Vielfaltgestaltung und Anti-Diskriminierung** sind zur flankierenden Unterstützung des Regelsystems folgende Maßnahmen relevant:

- Langfristige Absicherung zur Implementierung von pädagogischen Ansätzen und Konzepten der Frühen Demokratiebildung, die sich bewährt haben,
- Modellprojekte für die Entwicklung und Erprobung von neuen Ansätzen,
- Ausbau von Antidiskriminierungs-Beratungsstellen für Fälle von Diskriminierung, von denen junge Kinder betroffen sind,
- Ausbau eines Beratungs- und Unterstützungsnetzwerks für Fälle, in denen diskriminierungskritisch positionierte Einrichtungen der Frühen Bildung zur Zielschreibe von antidemokratischen Angriffen werden.⁴

³ Vgl. Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung, in: BMFSFJ 2020, S. 161-176

⁴ Vgl. Hate Speech und Shit Storms: Mediale Angriffe auf vorurteilsbewusste Kitapaxis zurückweisen <https://situationsansatz.de/publikationen/kinderwelten-info-02-2020-hate-speech-und-shit-storms-mediale-angriffe-auf-vorurteilsbewusste-kitapaxis-zurueckweisen/>

5. Planungssicherheit durch längerfristige Förderung nach Beispiel des Kinder- und Jugendplans

Demokratiebildung ist eine Daueraufgabe. Aktuelle Anfechtungen der Demokratie erfordern laufend Modifikationen und Weiterentwicklungen von Praxisansätzen. Demokratiedefizite anzugehen, die sich in der Marginalisierung, Vorenthaltung von Teilhabe und in der Diskriminierung von Menschen/Gruppen von Menschen zeigen, ist herausfordernd und sehr langwierig, weil sowohl das individuelle Lernen der Beteiligten wie auch das organisationale Lernen voraussetzungsvoll ist und üblicherweise langsam vonstatten geht, weil an eingefahrenen Routinen, Denkmustern und Privilegien festgehalten wird. Konsequente Demokratiebildung in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen bezieht das Erkennen und Abbauen von institutioneller Diskriminierung und von verfestigten Dominanzstrukturen ein. Zivilgesellschaftliche Träger, die hierzu arbeiten, brauchen längerfristige Förderung, mit befristeten Projektfinanzierungen lassen sich weder die Implementierung von bewährten Ansätzen noch die kontinuierliche fachliche Begleitung von Reflexions- und Veränderungsprozessen realisieren. Nach dem Beispiel des Kinder- und Jugendplans müsste es für bundeszentrale Träger im Bereich der Frühen Demokratiebildung eine langfristige Absicherung geben, ohne den Zwang zur Kofinanzierung und mit einem Rahmenvertrag, in dem Details mit dem BMFSFJ geregelt sind.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Wagner

Fachstelle Kinderwelten für Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung im Institut für den Situationsansatz/ INA Berlin gGmbH

Projekträger (zusammen mit dem Deutschen Kinderhilfswerk e.V.) im DL-Kompetenznetzwerk „Demokratiebildung im Kindesalter“, zuvor in der DL-Förderung „Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“